

1 **Beschluss LiSL-Bundesmitgliederversammlung am 19.11.2023**

2
3 **QUEERPOLITISCHER AUFBRUCH AUCH IN EUROPA!**

4
5 Bei der kommenden Europawahl geht es darum, die liberale Mitte unserer
6 Gesellschaften zu stärken – vor allem gegenüber den europaweit erstarkenden
7 Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten. Nur mit einer starken liberalen Mitte gibt
8 es in ganz Europa eine gute Zukunft für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*,
9 Intersexuelle und sich als queer definierende Menschen (LSBTIQ). Und nur mit einer
10 starken liberalen Mitte kann Europa globales Vorbild für Menschenrechte sein.

11
12 Denn nur mit der liberalen Mitte gibt es eine Stärkung von Bürgerrechten von LSBTIQ
13 und den Einsatz für ihre Menschenrechte weltweit. Nur mit ihr gibt es ein Klima der
14 Akzeptanz gegenüber Regenbogenfamilien, die Stärkung reproduktiver Rechte und
15 einen beherzten Einsatz gegen Hasskriminalität. Dass die Wahl von
16 Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten die Bürgerrechte von LSBTIQ schwächt,
17 zeigen Ungarn, Polen und Italien deutlich.

18
19 Wir brauchen einen queerpolitischen Aufbruch – nicht nur den, den die
20 Bundesregierung in Deutschland umsetzt, sondern auch einen queerpolitischen
21 Aufbruch in Europa! Daher unterstützen wir als LiSL die Freien Demokraten in ihrem
22 Einsatz für ein liberales Europa und fordern folgende Schwerpunkte in der LSBTIQ-
23 Politik in der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments:

24
25 **Für ein Europa, das Vielfalt schützt**

26
27 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, sei sie rassistisch, antisemitisch oder
28 gegen Religion, Geschlecht, geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung
29 gerichtet, muss auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden. Rechtsakte der EU,
30 die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch
31 Homo- und Transfeindlichkeit und andere Diskriminierung umfassen.

32
33 Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt auch für LSBTIQ. CSDs und
34 andere Demonstrationen müssen unionsweit ungehindert und sicher stattfinden
35 können. Einschränkungen, über das Leben von LSBTIQ sachlich aufzuklären, darf es
36 nirgends in der EU geben. Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem
37 Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität
38 ausgeschlossen ist. Die Instrumentalisierung von Vorurteilen gegen die LSBTIQ
39 Community im Wahlkampf (wie sogenannte LGBT-freie Zonen in Polen) und der
40 europaweite Anstieg von Übergriffen gegen LSBTIQ sind mit europäischen Werten
41 nicht vereinbar.

42
43 Weder für Mitgliedstaaten noch für Beitrittskandidaten darf es einen Rabatt bei der

44 Achtung der Bürgerrechte von LSBTIQ geben. Mittel der EU an die betroffenen
45 Länder sind bei Verstößen einzufrieren.

46

47 **Für die wechselseitige Anerkennung von Ehen und Regenbogenfamilien**

48

49 Die Freizügigkeit von gleichgeschlechtlichen Ehepartnerinnen und Ehepartnern
50 sowie Regenbogenfamilien ist nur gewahrt, wenn sie ohne Benachteiligung in allen
51 EU-Ländern leben und arbeiten können. Innerhalb der EU geschlossene
52 gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften müssen mit allen
53 Rechten und Pflichten in den europäischen Mitgliedstaaten anerkannt werden.
54 Gleichgeschlechtliche Eltern und Eltern von Leihmutter-Kindern müssen sich darauf
55 verlassen können, dass das Familienrecht ihres Heimatlandes strikt geachtet wird.

56

57 **Für reproduktive Rechte – Freiheit in der EU stärken**

58

59 Reproduktive Rechte wie Eizellspende und selbstbestimmte Leihmutterschaft, die in
60 einigen Staaten der EU geltendes Recht sind, müssen in anderen EU-Staaten geachtet
61 und dürfen dort für deren Staatsbürger nicht unter Strafe gestellt werden – wie zuletzt
62 in Italien geschehen. Gleichzeitig fordern wir die Mitgliedstaaten wie Deutschland auf,
63 Eizellspende und Leihmutterschaft auch im eigenen Land – ggf. unter Auflagen - zu
64 legalisieren.

65

66 **Schutz von LSBTIQ in der gemeinsamen Asylpolitik der EU**

67

68 Im Zuge einer gemeinsamen Asylpolitik auf EU-Ebene soll - wie für Deutschland auf
69 Initiative der FDP beschlossen – eine besondere Rechtsberatung für LSBTIQ
70 eingerichtet werden, die Asyl begehren und aus Staaten kommen, die als sichere
71 Herkunftsländer eingestuft werden. Die Rechtsberatung soll zu den
72 Verfahrensanforderungen informieren. So sichern wir das individuelle Recht auf Asyl
73 für verfolgte LSBTIQ aus sonst sicheren Herkunftsländern.

74

75 Ziel muss es bleiben, das individuelle Asylrecht zu erhalten sowie insbesondere
76 Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität
77 Verfolgung in Form von Folter oder der Androhung der Todesstrafe in ihren
78 Herkunftsländern erfahren, einen sicheren Schutz durch ein Asylverfahren im Sinne
79 der geltenden Völkerrechtskonventionen zu bieten.

80

81 **LSBTIQ-Menschenrechte in der Außen- und Entwicklungspolitik der EU**

82

83 Wir wollen in der Außen- und Entwicklungspolitik der EU entschlossen der
84 Diskriminierung von LSBTIQ entgegenzutreten und setzen uns dafür ein, durch die
85 Europäische Union LSBTIQ-Projekte weltweit zu fördern. Auf Ebene der Vereinten
86 Nationen fordern wir den Einsatz der EU für eine Konvention für LSBTIQ-Rechte nach
87 dem Vorbild der Frauenrechtskonvention.

88

89 Nirgendwo dürfen homosexuelle Handlungen und die geschlechtliche Identität
90 kriminalisiert werden. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ ist die EU-
91 Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu
92 stellen, Budgethilfe zu streichen und ggf. die Zusammenarbeit mit staatlichen
93 Einrichtungen zu beenden. Denn für Verfolgerstaaten wollen wir keine Steuern
94 zahlen.

95

96 Wir fordern, keine EU-Repräsentanten zu Sport-Großereignissen in Länder zu
97 entsenden, in denen die Menschenrechte, insbesondere die Sicherheit von LSBTIQ,
98 nicht gewährleistet sind.